

# Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

## Beschlussvorlage

2019070/1

|                      |                                      |                                                  |
|----------------------|--------------------------------------|--------------------------------------------------|
| Dezernat: <b>OB</b>  | aktuelles Gremium<br><b>Stadtrat</b> | Sitzung am: <b>11.04.2019</b><br>TOP: <b>2.6</b> |
| Amt: <b>Ratsbüro</b> | öffentlich<br><b>ja</b>              | Vorlagen-Nr.:<br><b>2019070/1</b>                |
|                      | Az.:                                 | erstellt am: <b>28.03.2019</b>                   |

### Betreff

**Antrag der Fraktion DIE LINKE.: Pestizidfreie Kommune - Verzicht auf den Einsatz von glyphosathaltigen Mitteln**

### Beratungsfolge

| Nr. | Gremium              | Ist-Termin | Ergebnis |
|-----|----------------------|------------|----------|
| 1   | 11.04.2019: Stadtrat | 11.04.2019 | laut BV  |

### Mitzeichnungspflicht

| Person      | Unterschrift | Datum |
|-------------|--------------|-------|
| Ronald Maaß |              |       |

### Beschlussentwurf

1. Der Stadtrat Köthen/Anhalt entscheidet in seiner Sitzung vom 11.04.2019, dass sich die Stadt Köthen/Anhalt verpflichtet:

- ab sofort, hilfsweise schrittweise auf allen kommunalen Flächen keine chemisch-synthetischen Pestizide (Pflanzenschutzmittel) einzusetzen,
- private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, ebenfalls zu einem Pestizidverzicht verpflichtet,
- bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte initiiert,
- private Firmen mit kommunaler Mehrheitsbeteiligung zur pestizidfreien Bewirtschaftung auffordert,
- Bürger\*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt informiert und gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzeigt.

### Gesetzliche Grundlagen:



## **Darlegung des Sachverhalts / Begründung**

In Städten und Gemeinden werden Pestizide eingesetzt, um Wege in Parks, Sport- und Spielplätze, Grünanlagen oder Straßenränder frei von unerwünschten Kräutern und Gräsern zu halten oder um gegen ungeliebte Insekten vorzugehen. Viele der Mittel stehen im Verdacht, Krebs zu erregen, die Fortpflanzung zu schädigen oder eine hormonelle Wirkung zu haben. Auf öffentlichen Flächen wie beispielsweise Sport- und Spielplätzen können die Wirkstoffe in direkten Kontakt mit den Bürger\*innen kommen. Insbesondere für Kinder und Schwangere ist das eine Gefahr. Auch Haustiere wie Hunde und Katzen sind den Stoffen schutzlos ausgeliefert.

Für viele Tier- und Pflanzenarten im städtischen Raum sind Pestizide ein Verhängnis. Denn nicht nur die unerwünschten Wildkräuter und Insekten werden beseitigt, sondern auch Honigbienen, Wildbienen, Schmetterlinge und Fledermäuse. Entweder töten und schädigen Pestizide Insekten oder Wildkräuter direkt oder sie dezimieren ihren Lebensraum und ihre Nahrung. Von den fast 600 Wildbienen-Arten in Deutschland steht rund die Hälfte auf der Roten Liste. Dabei sind blütenbesuchende Insekten unentbehrlich für die Bestäubung von Wild- und Kulturpflanzen. Sie erhalten die Pflanzenvielfalt und sichern landwirtschaftliche Erträge und damit unsere Ernährung. Laut Welternährungsorganisation sind weltweit rund zwei Drittel unserer Nahrungspflanzen auf Bestäuber angewiesen. In Städten und Gemeinden sichern Honigbienen, Wildbienen und Schmetterlinge den Kleingärtnern eine gute Obsternte und den Stadt-Imkern reichlich Honig.

Weltweit und auch in Deutschland erleben wir einen zunehmenden Verlust der Artenvielfalt. Grund dafür ist vor allem die intensive Landwirtschaft. Dort dominieren meist Monokulturen, die intensiv mit Pestiziden gespritzt werden. Hecken oder Blühflächen, als Rückzugsgebiete und Nahrung für viele Insekten, Vögel und Säugetiere fehlen oft komplett. Über 40.000 Tonnen Pestizide belasten jährlich in Deutschland die Umwelt, Tendenz steigend. Das Ziel der Nationalen Biodiversitätsstrategie, den Verlust von Arten zu stoppen, kann mit dem aktuellen Pestizideinsatz nicht erreicht werden.

Siedlungsgebiete sind oft letzte Rückzugsorte für bedrohte Arten, die in der Agrarlandschaft keinen Lebensraum mehr finden. Kommunen können hier Verantwortung und eine Vorreiterrolle für den Artenschutz übernehmen, indem sie bei der Flächenpflege keine Pestizide einsetzen. Auch für die menschliche Gesundheit, die Lebensqualität und den Tourismus ist der Pestizidverzicht ein Gewinn.

Bundesweit haben sich bereits viele Kommunen für den Verzicht auf Glyphosat und andere Pestizide bei der Pflege ihrer Grün- und Freiflächen ausgesprochen. Die MZ berichtete heute über Initiativen auch in Sachsen/Anhalt. Die Fraktion DIE LINKE. hat bereits einen entsprechenden Antrag auf Kreisebene eingebracht.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig. So werden Flächen mit mehrjährigen Stauden bepflanzt, die Insekten ein ganzjähriges Blütenangebot und damit Nahrung und Lebensraum schaffen. Frühzeitiges Reinigen von Verkehrsflächen und planerische Weitsicht bei der Bebauung sind wichtige Elemente, um einen zu starken Bewuchs zu verhindern. Alternativen zur Chemiekeule sind vielfältige mechanische und thermische Verfahren. Besonders wichtig ist dabei immer die Kommunikation mit den Bürger\*innen, um die notwendige Akzeptanz zu schaffen.



**Antrag-Fraktion-DieLinke-Glyphosat.pdf**



**Anlage-2-Stellungnahme-Vw-Glyphosat.pdf**